

1 Tagesordnungspunkt: 9.12

2

3 Antragsteller*innen: Jusos Bochum,

4 Ortsverein Wiemelhausen,

5 AG Migration und Vielfalt

6

7 Betreff: Solidarität mit den Menschen in Israel und den Menschen in den palästinensischen
8 Gebieten. Gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Für dauerhaften
9 Frieden!

10 Antrag an: den UB Bochum Parteitag

11

12 **Adressat*innen:** - *Landesparteitag*
13 - *Bundesparteitag*
14 - *SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag*
15 - *Bundesregierung*
16 - *Bundeskanzler*
17 - *SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament*

18

19 Der Parteitag möge beschließen:

20 Der 7. Oktober 2023 – ein Tag, der sich als tiefes Trauma in die israelische und teils auch in die deutsche
21 Gesellschaft eingebrannt hat. An diesem Tag verübte die Hamas einen Terrorangriff auf Israel, bei dem
22 über 1200 unschuldige Menschen brutal ermordet, Tausende verletzt und über 200 entführt wurden.
23 Dieser Tag hat weltweit und auch hier in Bochum viele Menschen erschüttert und bewegt. Israels
24 darauffolgende militärische Reaktion im Gazastreifen, die massive Zerstörungen und unzählige zivile
25 Opfer mit sich brachte, hat ebenfalls tiefe Betroffenheit ausgelöst – und tut es weiterhin.

26 Diese beiden Ereignisse und die damit verbundenen Traumata verdeutlichen, dass wir den Schmerz
27 auf beiden Seiten anerkennen müssen. Unser Ziel muss es sein, für beide Seiten unser Mitgefühl und
28 unsere Herzen zu öffnen, um eine gerechte und dauerhafte Lösung zu ermöglichen.

29 Der Konflikt hat auch hier in Deutschland Auswirkungen: Der Antisemitismus nimmt zu, und ebenso
30 wächst der antimuslimische Rassismus. Jüdinnen und Juden werden für das Vorgehen der israelischen
31 Regierung in Verantwortung gezogen, Musliminnen und Muslime als Terroristen oder Hamas-
32 Sympathisanten diffamiert.

33 Eine Lösung kann nur in der gleichzeitigen und gleichwertigen Verurteilung jeglicher Form von
34 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegen – sei es Antisemitismus antimuslimischer Rassismus
35 oder Rassismus im Allgemeinen. Ebenso notwendig ist die Anerkennung, Einhaltung und
36 Durchsetzung internationaler Regeln, einer regelbasierten Weltordnung, die für alle Seiten
37 gleichermaßen gilt.

38 Dieser Antrag ist ein Versuch, diese Prinzipien zu bekräftigen und einen Weg aufzuzeigen, der
39 Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen in der Welt und in Bochum möglich macht.

40

41 Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus

42 Seit dem 7. Oktober 2023 beobachten wir einen alarmierenden Anstieg von Antisemitismus¹ und
43 antimuslimischen Rassismus², ausgelöst durch die Entwicklungen im Nahen Osten und ihre mediale
44 und gesellschaftliche Wahrnehmung. Beide Formen der Diskriminierung sind Ausdruck
45 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und entstammen derselben Wurzel: dem Drang, Menschen
46 aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe pauschal abzuwerten und zu
47 stigmatisieren. Während Jüdinnen und Juden in Deutschland zunehmend für das Vorgehen der
48 israelischen Regierung in die Verantwortung genommen werden, erfahren Muslim*innen ebenso
49 pauschale Verunglimpfungen als Hamas-Sympathisanten und Terror-Unterstützer.

50 Die SPD Bochum sieht es als ihre Aufgabe an, diese Formen der Menschenfeindlichkeit entschieden zu
51 bekämpfen und gleichzeitig Räume für einen respektvollen Dialog und gegenseitigen Austausch zu
52 schaffen. Ein Teil dieser Aufgabe besteht darin, anzuerkennen, dass Kritik an der israelischen Regierung
53 – auch in scharfer Form – legitim und notwendig sein muss. Dabei muss jedoch zwischen
54 gerechtfertigter Kritik an politischen Entscheidungen und antisemitischen Tendenzen klar
55 unterschieden werden. Es ist zudem wichtig anzuerkennen, dass einige Mitglieder der israelischen
56 Regierung den Begriff des Antisemitismus missbrauchen, um ihre politische Agenda durchzusetzen,
57 etwa wenn Premierminister Netanjahu den Internationalen Strafgerichtshof³ oder die Vereinten
58 Nationen⁴ pauschal als antisemitisch verunglimpft.

59 Deswegen fordern wir:

- 60
- 61 • Die SPD Bochum soll sich intensiver für die Bekämpfung von Antisemitismus und
antimuslimischem Rassismus einsetzen.
 - 62 • Projekte und Organisationen, die sich für die jüdische und die muslimische Perspektive
63 einsetzen und interkulturellen Austausch fördern, müssen aktiv gefördert und unterstützt
64 werden.

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/antisemitismus-straftaten-102.html>

² <https://www.swr.de/swrkultur/leben-und-gesellschaft/antimuslimischer-rassismus-ein-problem-mit-steigender-brisanz-100.html>

³ <https://www.zeit.de/news/2024-05/21/netanjahu-wirft-chefanklaeger-antisemitismus-vor>.

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/politik/netanjahu-israel-libanon-vereinten-nationen-new-york-lux.6DLVHBdWdDvULbkLwVpNtu>

- 65 • Eine klare Unterscheidung zwischen Antisemitismus und berechtigter, sachlicher Kritik an der
66 israelischen Regierung.
67 • Eine stärkere Förderung von Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen, die auf die Ursachen und
68 Mechanismen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufmerksam machen und deren
69 Wurzeln bekämpfen.

70

71 Der 7. Oktober und die Rolle der Hamas

72 Der 7. Oktober 2023 markiert einen Wendepunkt im Nahostkonflikt und ist einer der dunkelsten Tage
73 in der Geschichte Israels. Die brutale Gewalt der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung hat die
74 Welt erschüttert. Dieser Angriff, bei dem zahlreiche unschuldige Menschen getötet, verletzt und
75 verschleppt wurden, zeigt die Rücksichtslosigkeit und Menschenverachtung dieser Organisation. Die
76 Hamas ist eine Terrororganisation, die offen das Ziel verfolgt, Israel zu vernichten. Terroranschläge wie
77 der 7. Oktober sind nicht nur abscheulich, sondern stellen auch schwerwiegende Verstöße gegen das
78 humanitäre Völkerrecht dar.

79 In Reaktion auf diesen Angriff ist Israels militärisches Vorgehen als ein legitimer, nachvollziehbarer
80 und völkerrechtskonformer Akt der Selbstverteidigung zu verstehen. Israel hat nicht nur das Recht,
81 sondern auch die Pflicht, seine Bürger*innen zu schützen und sich gegen terroristische Bedrohungen
82 zu wehren.

83 Deswegen fordern wir:

- 84 • Die Hamas muss unverzüglich alle Geiseln freilassen und die Leichen getöteter Geiseln an ihre
85 Familien zurückgeben.
86 • Die Hamas muss die Waffen niederlegen und auf jegliche Form von terroristischer Gewalt
87 verzichten; die Raketenangriffe auf Israel müssen sofort aufhören.
88 • Deutschland und die internationale Gemeinschaft dürfen die Hamas als Terrororganisation
89 niemals als legitimen Verhandlungspartner akzeptieren. Jegliche diplomatische Bemühungen
90 müssen den Einsatz für Frieden und Sicherheit in der Region unterstützen, ohne einer
91 Organisation Zugeständnisse zu machen, die das Existenzrecht Israels negiert.

92

93 Militärisches Vorgehen Israels und das Dilemma des humanitären Völkerrechts

94 Israel besitzt zweifellos die Pflicht, seine Bürger*innen vor terroristischen Bedrohungen zu schützen.
95 Gleichwohl ist die Herausforderungen, dies mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen, im
96 Gazastreifen besonders hoch, weil es sich um eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt
97 handelt⁵. Dieses bringt Israel in ein Dilemma: den Schutz der eigenen Bevölkerung auf der einen und
98 die Einhaltung humanitärer Standards auf der anderen Seite.

⁵ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/gaza-humanitaere-katastrophe-100.html>

99 Dennoch muss es unbestritten sein, dass Israel, trotz der schwierigen Lage, alles zu unternehmen hat,
100 um ziviles Leid so weit wie möglich zu verhindern. Es gibt zahlreiche Berichte über Angriffe auf die
101 Zivilbevölkerung⁶⁷ und gezielte Angriffe auf lebenswichtige Infrastruktur im Gazastreifen, darunter
102 Krankenhäuser⁸, Schulen⁹ und Versorgungseinrichtungen. Im Gazastreifen ist die Grundversorgung
103 zusammengebrochen, Krankheiten und Seuchen breiten sich aus¹⁰. Zudem sind Berichte über gezielte
104 Angriffe auf Journalist*innen und Mitarbeitende von Hilfsorganisationen in der Region bekannt
105 geworden¹¹. Des Weiteren nutzt die israelische Armee ungeleitete Geschosse in dicht besiedelten
106 Gebieten (sog. “dumb bombs”)¹². Solche Taten sind schwere Verstöße gegen das humanitäre
107 Völkerrecht und dürfen nicht hingenommen werden. Zuletzt kamen auch vermehrt glaubwürdige
108 Berichte auf, dass das israelische Militär palästinensische Zivilisten als “menschliche Schutzschilde”
109 benutzt und sie zum Beispiel in Gebäude oder Tunnel schickt, um zu schauen, ob diese vermint sind¹³¹⁴.
110 Im Gazastreifen hat es eine unfassbar hohe Anzahl an Toten und Verletzten gegeben. 1,7% der
111 Bevölkerung würden getötet, 4% verletzt¹⁵¹⁶. Israel blockiert humanitäre Hilfe und setzt Hunger als
112 Waffe ein¹⁷¹⁸. Vorwürfe des Versuches einer “ethnischen Säuberung” werden laut¹⁹²⁰.

⁶ <https://www.amnesty.de/pressemitteilung/israel-besetzte-palaestinensische-gebiete-gazastreifen-rafah-rechtswidrige-angriffe-zivile-opfer>

⁷ <https://www.hrw.org/de/news/2024/04/04/gaza-israelischer-angriff-mit-106-zivilen-todesopfern-stellt-mutmassliches>

⁸ <https://www.fr.de/politik/israel-gaza-nahost-krankenhaus-angriff-gazastreifen-zr-92766020.html>

⁹ <https://www.spiegel.de/ausland/mindestens-30-tote-israel-greift-weitere-schulen-im-gazastreifen-an-a-6505f52c-3686-40e8-907e-9907fe20deef>

¹⁰ <https://www.fr.de/politik/krieg-in-israel-gaza-streifen-gesundheitssystem-am-boden-lage-hamas-aktuell-zr-92722079.html>

¹¹ <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-,gaza566.html>

¹² ebd.

¹³ <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-08-13/ty-article-magazine/.premium/idf-uses-gazan-civilians-as-human-shields-to-inspect-potentially-booby-trapped-tunnels/00000191-4c84-d7fd-a7f5-7db6b99e0000>

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/nahost-israel-gaza-schutzschilde-100.html>

¹⁵ Zur Bevölkerungszahl s. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417982/umfrage/gesamtbevoelkerung-im-gazastreifen/>.

¹⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>

¹⁷ <https://www.hrw.org/de/news/2023/12/18/israel-aushungerung-als-kriegswaffe-gaza-eingesetzt>

¹⁸ <https://www.hrw.org/de/news/2024/05/08/israel-laesst-gaza-verhungern>

¹⁹ <https://www.theguardian.com/world/2024/oct/30/antonio-guterres-warns-israel-could-carry-out-ethnic-cleansing-of-gaza>

²⁰ <https://www.haaretz.com/opinion/editorial/2024-10-29/ty-article-opinion/if-it-looks-like-ethnic-cleansing-it-probably-is/00000192-da04-d91e-a9df-dbad3f940000>

113 Als Reaktion auf diese Handlungen laufen inzwischen Untersuchungen auf internationaler Ebene. Der
114 Internationale Gerichtshof (IGH) befasst sich in einem Verfahren mit der Frage eines möglichen
115 Völkermordes („Genozid“) durch Israel²¹ und hat plausible Gründe für die Annahme festgestellt, dass
116 solch ein Verbrechen vorliegen könnte²². Zusätzlich hat der Chefankläger des Internationalen
117 Strafgerichtshofs (IStGH) Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu
118 und Verteidigungsminister Gallant sowie gegen ranghohe Hamas-Kommandeure beantragt, wegen
119 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen²³. Diese Schritte verdeutlichen die
120 Schwere der aktuellen Lage und die dringende Notwendigkeit einer unabhängigen juristischen
121 Aufarbeitung.

122 Des Weiteren gibt es immer noch keinen Plan für Gaza nach dem Krieg. Und gerade dieser wäre für die
123 effektive Terrorbekämpfung essentiell. Gaza als unbewohnbarer und unregierbarer Trümmerhaufen
124 ist ein Nährboden für Terrorismus. Israels Rechtsextreme wollen eine Wiederbesiedlung des
125 Gazastreifens und versuchen aktuell diese Idee mehrheitsfähig zu machen²⁴.

126 Deswegen fordern wir:

- 127 • Eine sofortige Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas, um das Leid der Zivilbevölkerung zu
128 mindern.
- 129 • Die rechtsstaatliche Behandlung palästinensischer Gefangener in Israel sowie die
130 Untersuchung und Ahndung von Missbrauchsfällen²⁵ in israelischen Gefängnissen.
- 131 • Die Zulassung freier Berichterstattung in Gaza, um unabhängige Informationen über die
132 humanitäre Lage sicherzustellen²⁶; dies betrifft Einschränkungen sowohl durch das israelische
133 Militär als auch durch die Hamas.
- 134 • Eine angemessene Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza durch Israel, das als
135 Besatzungsmacht gemäß humanitärem Völkerrecht dafür die Pflicht trägt²⁷.
- 136 • Einen sofortigen Exportstopp für Offensivwaffen nach Israel. Wir können nicht ausschließen,
137 dass auch deutsche Waffen an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit
138 beteiligt sind²⁸, was allein schon eine rechtliche Verpflichtung zum Stopp dieser Exporte mit

²¹ <https://www.icj-cij.org/case/192>

²² <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-sum-01-00-en.pdf>

²³ <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-state>

²⁴ <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/netanjahu-muss-sein-schweigen-brechen/>

²⁵ <https://www.spiegel.de/ausland/israel-dutzende-opfer-schildern-systematische-folter-in-israelischen-gefaengnissen-a-cb4213fa-84db-4b92-a137-2f68b5f35eae>

²⁶ <https://www.djv.de/news/pressemitteilungen/press-detail/zugang-zu-gaza-gefordert/>

²⁷ <https://www.hrw.org/de/news/2023/12/18/israel-aushungerung-als-kriegswaffe-gaza-ingesetzt#:~:text=Als%20Besatzungsmacht%20im%20Gazastreifen%20hat,mit%20Lebensmitteln%20und%20Medikamenten%20sicherzustellen.>

²⁸ <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-,gaza566.html>

139 sich bringt. Zudem hat Israel bisher keine Bemühungen gezeigt, Verstöße gegen das
140 Völkerrecht zu unterlassen²⁹, und mahnende Worte haben sich als unzureichend erwiesen. Um
141 die Zivilbevölkerung in Israel dennoch angemessen zu schützen, sollen Defensivwaffen, wie
142 etwa Zubringerteile für den Luftabwehrschirm „Iron Dome“, von diesem Exportstopp
143 ausgenommen sein.

- 144 ● Gezielte Sanktionen gegen Personen in Israel und Personen in den palästinensischen Gebieten,
145 sowie Mitglieder der israelischen Regierung sowie der Hamas, die öffentlich zu
146 Kriegsverbrechen aufrufen oder diese gutheißen.
- 147 ● Falls der israelische Staat langfristig keine Anstrengungen zur Verringerung des Leids der
148 Zivilbevölkerung unternimmt, völkerrechtliche Standards einhält, Kriegsverbrechen
149 unterbindet und bereits begangene Kriegsverbrechen aufarbeitet, muss die internationale
150 Gemeinschaft auch Kollektivsanktionen wie Wirtschaftssanktionen als „ultima ratio“ in
151 Betracht ziehen. Andernfalls macht sich die Durchsetzung internationalen Rechts
152 unglaublich und riskiert, als wirkungslos wahrgenommen zu werden.

153

154 Völkerrecht und internationale Institutionen als historisches Erbe und Verantwortung

155 Das Völkerrecht und die zentralen Institutionen der Vereinten Nationen, darunter der Internationale
156 Gerichtshof (IGH) und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), entstanden in der Folge des Zweiten
157 Weltkriegs und als direkte Konsequenz der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Die
158 Schaffung dieser Institutionen sollte eine globale, regelbasierte Ordnung fördern und die
159 internationale Gemeinschaft dazu befähigen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und
160 Kriegsverbrechen zu ahnden. Diese Werte und Prinzipien, die wir im Rahmen des Völkerrechts
161 entwickelt haben, stellen eine historische Verantwortung für uns dar.

162 Die SPD Bochum bekräftigt daher, dass wir keine internationale Anarchie und keine Welt nach dem
163 Prinzip der Macht des Stärkeren akzeptieren werden. Das Völkerrecht muss für alle Akteure gelten,
164 unabhängig von ihrer Macht oder Position. Hamas und Israel sind beide an das Völkerrecht gebunden,
165 auch wenn sie dies bislang nicht (konsequent) einhalten. An Israel jedoch, als demokratischen Staat,
166 engen Verbündeten und Freund Deutschlands, müssen wir andere Maßstäbe anlegen. Wir erwarten
167 von Israel nicht nur die Einhaltung internationaler Normen, sondern auch eine aktive Verantwortung
168 für die Wahrung der Menschenrechte. Häufig wird vorgebracht, dass Israel unverhältnismäßig stark
169 kritisiert wird, während die Hamas weniger Aufmerksamkeit erfährt. Doch gerade aufgrund unserer
170 Verbundenheit und der Werte, die Israel als demokratischer Staat repräsentiert, liegt es nahe, höhere
171 Maßstäbe an seine Handlungen anzulegen.

172 Deswegen fordern wir:

- 173 ● Ein klares Bekenntnis zur Stärkung und Anerkennung der Vereinten Nationen, des Völkerrechts
174 sowie der Institutionen IGH und IStGH.

²⁹ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/internationaler-gerichtshof-gaza-ukraine-voelkerrecht-lux.8xhotq8Q5azeJ78hVZmhK9>

175 • Eine konsequente Anerkennung und Umsetzung der Urteile, Haftbefehle und Gutachten des
176 IGH und IstGH, insbesondere dann, wenn sie sich gegen Verbündete richten. Die Stärke des
177 Völkerrechts liegt darin, dass es eben für alle gilt – auch für uns selbst, auch für unsere
178 Verbündeten.

179 Illegale Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ostjerusalems

180 Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat wiederholt festgestellt, dass die Besetzung des
181 Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ost Jerusalems durch Israel völkerrechtswidrig ist³⁰, zuletzt
182 in einem umfassenden Gutachten aus diesem Jahr³¹. Der Gazastreifen stellt aktuell eine besondere
183 Ausnahme dar und muss aufgrund der Bekämpfung der Hamas nicht sofort von Israel geräumt
184 werden. Im Westjordanland und Ostjerusalem hingegen sieht die herrschende Meinung der
185 Völkerrechtler*innen, sowie der IGH, eine fortgesetzte völkerrechtswidrige Besetzung durch Israel³².

186 Im Westjordanland kommt es durch die Errichtung und den Ausbau israelischer Siedlungen zu einer
187 gewaltsamen Landnahme einem Landraub bzw. völkerrechtswidrigen Annexion³³. Der IGH betont in
188 seinem Gutachten, dass Israel den Siedlungsbau unverzüglich einstellen, bestehende Siedlungen
189 abreißen und die Siedlerinnen nach Israel zurückführen muss. Die Palästinenser*innen haben das
190 Recht, in ihr Gebiet zurückzukehren, und müssen für die erfahrenen Verluste entschädigt werden.
191 Darüber hinaus stellt der IGH klar, dass die internationale Gemeinschaft verpflichtet ist, auf die
192 Wiederherstellung des geltenden Rechts hinzuwirken³⁴.

193 Der IGH weist auch darauf hin, dass Israel im Westjordanland zwei unterschiedliche Rechtssysteme
194 anwendet – eines für die israelischen Siedler*innen und ein anderes für die palästinensische
195 Bevölkerung. Diese Praxis wird als eine Form der Rassendiskriminierung eingestuft, die umgehend
196 beendet werden muss³⁵.

197 Deswegen fordern wir:

- 198 • Die Umsetzung der Forderungen aus dem IGH-Gutachten: Israel muss den Siedlungsbau im
199 Westjordanland sofort stoppen, die Siedlungen abreißen, die Siedler*innen nach Israel
200 zurücksiedeln und die Rückkehr sowie Entschädigung der palästinensischen Bevölkerung
201 ermöglichen.
202 • Sanktionen gegen gewalttätige Siedler und Personen, die sich für den illegalen Siedlungsbau
203 einsetzen

³⁰ <https://www.icj-cij.org/case/131/>

³¹ <https://www.icj-cij.org/case/186>

³² <https://www.bundestag.de/resource/blob/992756/cd64a44eaaa06bf59e050eda5f942da1/WD-2-003-24-pdf.pdf>

³³ <https://www.icj-cij.org/case/186>

³⁴ ebd.

³⁵ ebd.

- 204 • Solange Israel sich weigert, das geltende Recht wiederherzustellen, müssen die oben
205 genannten Maßnahmen wie Sanktionen, ein Waffenexportstopp und, wenn nötig, weitere
206 Maßnahmen des internationalen Rechts angewendet werden
207 • eine Kontrolle der Machtverhältnisse vor Ort, da es unter keinen Umständen zu einer
208 Verfestigung von antisemitischen, islamistischen Extremisten und somit einer
209 Sicherheitsbedrohung für den palästinensischen Staat kommen darf

210

211 Zwei-Staaten-Lösung als Weg zum Frieden

212 Die Zwei-Staaten-Lösung wird international als einzig realistischer Weg angesehen, um eine
213 dauerhafte, friedliche Koexistenz zwischen Israel und Palästina zu ermöglichen. Eine Lösung des
214 Konflikts, die beiden Völkern ein Leben in Sicherheit, Würde und Selbstbestimmung bietet, ist nur
215 durch die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates neben Israel zu erreichen. Dieses
216 Prinzip wird von zahlreichen Staaten und Institutionen unterstützt, darunter die Europäische Union,
217 die USA und auch Deutschland³⁶. Die breite internationale Unterstützung verdeutlicht, dass das
218 palästinensische Volk ein grundlegendes Recht auf einen eigenen Staat besitzt.

219 Doch die aktuelle israelische Regierung lehnt die Gründung eines palästinensischen Staates ab³⁷, was
220 einer friedlichen Lösung des Konflikts im Wege steht. Die Ablehnung dieser Perspektive widerspricht
221 nicht nur den Prinzipien des Völkerrechts, sondern ignoriert auch die berechtigten Ansprüche des
222 palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und staatliche Souveränität.

223 Deswegen fordern wir:

- 224 • Eine stärkere Unterstützung und entschlossene Maßnahmen der internationalen
225 Gemeinschaft, insbesondere Deutschlands, zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung.
226 • Die offizielle Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat.
227 • Eine deutliche Verurteilung der israelischen Regierung, die die Gründung eines
228 palästinensischen Staates ablehnt.
229 • Die sofortige Anerkennung eines palästinensischen Staates als klares Symbol zur Festigung des
230 Rechts der Palästinenser*innen auf Selbstbestimmung. Diese Anerkennung soll auch andere
231 Akteure dazu ermutigen, die Schritte zur Gründung dieses Staates aktiv zu unterstützen.

232

233 Die deutsche Staatsräson und die Verantwortung gegenüber Israel

234 Die Staatsräson Deutschlands umfasst die Verantwortung, die Sicherheit Israels zu wahren und die
235 Existenz des jüdischen Volkes zu schützen. Diese besondere Verantwortung ergibt sich nicht zuletzt
236 aus der deutschen Geschichte und den Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Sicherheit des

³⁶ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/nahermittlererosten/-/203626>

³⁷ <https://www.dw.com/de/israel-parlament-stimmt-gegen-pal%C3%A4stinensischen-staat/a-69704637>

237 israelischen Volkes ist daher nicht nur ein politisches Ziel, sondern eine moralische Verpflichtung und
238 ein unveräußerlicher Teil der deutschen Außenpolitik.

239 Es ist jedoch essentiell, die Staatsräson richtig zu definieren: Unsere Verpflichtung gilt der Sicherheit
240 des israelischen und des jüdischen Volkes – sie gilt nicht zwingend der israelischen Regierung und
241 definitiv nicht, wenn diese Regierung, wie aktuell, durch rechtsextreme Kräfte beeinflusst wird. Die
242 Staatsräson darf nicht als Vorwand dienen, bei Völkerrechtsverletzungen durch die israelische
243 Regierung zu zögern oder gar wegzusehen. Das Völkerrecht ist ein grundlegender Pfeiler unserer
244 internationalen Ordnung und muss auch gegenüber Verbündeten konsequent verteidigt werden. Die
245 Staatsräson steht nicht über dem Völkerrecht, sondern ergänzt es, indem sie dem Schutz des
246 israelischen Volkes dient, ohne dabei universelle Normen und Prinzipien zu untergraben.

247

248 Ein verantwortungsvolles Verständnis der Staatsräson bedeutet also, für die Sicherheit des
249 israelischen Volkes einzustehen, dabei jedoch keine pauschale Rückendeckung für politische
250 Maßnahmen zu geben, die das Völkerrecht verletzen oder zu einer Verhärtung des Konflikts beitragen.

251

252 Vertretung der Forderungen auf höherer Ebene

253 Die SPD Bochum verpflichtet sich, die Ziele und Forderungen dieses Antrags auch auf Landes- und
254 Bundesebene voranzubringen und sicherzustellen, dass diese Anliegen auch dort Berücksichtigung
255 finden. Alle Mandatsträger*innen – sei es im Landtag, Bundestag, Europaparlament oder in
256 kommunalen Parlamenten wie dem Stadtrat – sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die hier
257 beschlossenen Grundsätze und Maßnahmen hinwirken.

Antrag angenommen

abgelehnt

überwiesen an